

Energieversorger stark von der Energiekrise betroffen

Der Druck auf die Energiewirtschaft bleibt weiterhin hoch: Die COVID-19-Pandemie ist noch immer nicht bewältigt, der Ukraine-Krieg hält weiter an. Die Auswirkungen auf die Energiebranche sind massiv. Sie erschüttern die Energiemärkte und haben immense Auswirkungen auf die Entwicklung der Energieversorgung. Dazu gehören insbesondere die enorm gestiegenen Preise. So sind allein zwischen Juli 2021 und August 2022 die Beschaffungskosten für Erdgas zeitweise um über 1.000% gestiegen. Auch richtet sich das Augenmerk nun in besonderer Weise auf die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit.

Große Unsicherheiten für die Energieversorger

Für Mainova und andere Energieversorger erzeugen die aktuellen Entwicklungen hohe Unsicherheiten. Energie wird für viele unbezahlbar. In der Folge steigt das Ausfallsrisiko deutlich an. Bleiben die Strom- und Gasrechnungen der Kundinnen und Kunden unbezahlt, fehlt es den Energieversorgern zunehmend an Mitteln für die Beschaffung.

Versorgungssicherheit ist oberstes Ziel

Für die Stabilität unseres Landes und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat ist es essenziell, dass die Versorgungssicherheit vor Ort weiterhin verlässlich gewährleistet wird. Mainova unternimmt alles, damit die Versorgung mit Energie und Wärme auch in Zukunft gesichert ist. Dazu zählt eine verlässliche Beschaffung von Gas und Strom an den Energiemärkten, der weitere Ausbau erneuerbarer Energien sowie Effizienzsteigerungen und Energieeinsparungen – auch als Unterstützungsangebot für die Kundinnen und Kunden.

Stadtwerke brauchen Unterstützung der Bundesregierung

Bei der Bewältigung dieser Krise hilft die Bundesregierung kommunalen Unternehmen nur indirekt. Die Forderungen der Verbände VKU und BDEW, des Städte- und Gemeindebunds, des Deutschen Städtetags und aller Bundesländer, ein Schutzschirm für Stadtwerke aufzuspannen ist der richtige Weg. Denn gerade kommunale Unternehmen wirtschaften - anders als große Energieunternehmen - mit großer Verantwortung für die Region und tragen in vielfältiger Weise zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Zeiten sind besonders herausfordernd für viele Menschen in der Region Frankfurt/Rhein-Main und in Deutschland. Wir arbeiten daher kontinuierlich daran, den dramatischen Entwicklungen auf den Energiemärkten zu begegnen. An oberster Stelle steht für uns die Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Das ist eine enorme Aufgabe, die die Kräfte Mainovas fordert. Doch es lohnt sich: Dank unseren motivierten und tatkräftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stehen wir auch in diesen Zeiten weiterhin unseren Kundinnen und Kunden als fairer und verlässlicher Partner zur Seite.

lhr

Dr. Constantin H. Alsheimer Vorstandsvorsitzender Mainova AG



Entlastungspaket mit Umsetzungsfragen

Die Ampel-Koalition im Bund hat sich auf umfassende Maßnahmen als Ausgleich für die rasant steigenden Preise geeinigt. Mit insgesamt 200 Mrd. Euro unterstützt es breite Teile der Gesellschaft, vor allem Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen, Rentnerinnen und Rentner, Studierende und besonders betroffene Unternehmen.

Kern der Maßnahmen ist eine Strom- und Gaspreisbremse. Im Strombereich sollen Verbraucherinnen und Verbraucher ihren Basisverbrauch subventioniert bekommen. Um Sparanreize zu erhalten, zahlen sie bei Überschreitung der Verbrauchsgrenze den normalen Marktpreis. Wie genau, muss die Bundesregierung noch entscheiden. Im Gasund Fernwärmebereich hat die sogenannte "Unabhängige Kommission Erdgas und Wärme der Bundesregierung" (Gaspreis-Kommission) ihren Zwischenbericht mit dem Titel "Sicher durch den Winter" am 10. Oktober vorgelegt. Er schlägt eine zweistufige Entlastung vor, welche aus einer Übernahme der Abschläge für Gas- und Fernwärmekunden im kommenden Dezember und einer Gas- und Wärmepreisbremse ab März 2023 besteht. Bemessen an der Verbrauchsmenge aus dem vergangenen September soll das Grundkontigent an Gas und Fernwärme bei 80% des früheren Verbrauchs liegen. Vorgesehen wird für Gaskunden ein staatlich garantierter Bruttopreis von 12 Cent und für Fernwärmekunden von 9,5 Cent pro Kilowattstunde. Die Bundesregierung hat jedoch noch nicht entschieden, wie sie konkret mit dem Vorschlag der Gaspreis-Kommission umgehen wird.

Details zur Finanzierung stehen noch nicht fest

Die Kosten für die beiden vorgeschlagenen Maßnahmen werden auf 90 Mrd. Euro geschätzt. Finanziert werden soll das Gesamtpaket zuerst durch die Aufnahme von Krediten und durch Abschöpfung von "Zufallsgewinnen". Hintergrund ist das Preisfindungssystem im Strom-Großhandel: Der Strompreis wird über alle Erzeugungsarten hinweg einheitlich festgelegt, die letzte benötigte Erzeugungsart (meist Gaskraftwerke, die das Erdgas sehr teuer einkaufen müssen) setzt dabei den Strompreis über alle Erzeugungsarten hinweg (Merit-Order-Prinzip). Hiervon profitieren vor allem erneuerbare Energien-Anlagen. Diese "Zufallsgewinne" sollen nun abgeschöpft werden. Ein Gesetz gibt es jedoch noch nicht und einige Fragen sind weiter offen.

EU-weites Vorgehen avisiert

Kritik am deutschen Alleingang kam von den europäischen Partnern. Zuletzt hat sich die EU-Energieministerkonferenz im Stromsektor nämlich für eine gemeinsame verpflichtende Erlösobergrenze von maximal 180 Euro pro Megawattstunden für erneuerbare Energien, Atom- und Kohlestrom ausgesprochen. Darüber hinaus gehende Erlöse sollen zu 90 Prozent abgeschöpft werden. Im Gassektor halten die komplexen Verhandlungen noch an.



Von fossilen Energieträgern unabhängig Wohnen

Im Norden Frankfurts entsteht eines der klimafreundlichsten Wohnquartiere Deutschlands. Bis zu 2.500 Menschen werden im Neubauquartier "Hilgenfeld" leben. Gemeinsam mit der ABG wird Mainova dort ein höchst innovatives Klimaschutzquartier realisieren – mit Vorbildcharakter weit über Frankfurt hinaus. Mainova wird hierbei die technischen Anlagen zur Strom- und Wärmegewinnung errichten und betreiben.

Intelligentes Konzept spart jährlich 2.000 Tonnen CO, ein

Um das Quartier nachhaltig mit Wärme zu versorgen, ist der Einsatz von Geothermie in großem Maßstab vorgesehen. Dazu tragen 161 Erdwärmesonden in 120 Metern Tiefe bei. Die 54 Wohnhäuser werden an ein intelligentes Wärmenetz angeschlossen und über drei Heizzentralen versorgt. In diesen Heizzentralen arbeiten große Wärmepumpen, die mit dem lokal erzeugten Strom aus 5.050 Photovoltaik-Modulen auf den Gebäudedächern sowie aus Blockheizkraftwerken betrieben werden. Mit dieser Energie werden auch die Batteriespeicher geladen. Die geplante PV-Leistung liegt bei rund 2,5 Megawatt. Der Überschuss wird als Quartiersstrom in das Netz abgegeben. Insgesamt werden so im Vergleich zu konventioneller Wärmeversorgung jährlich rund 2.000 Tonnen CO₂ eingespart.

Kurz notiert



Kleine Kniffe, großer Effekt: Tipps vom Energiespar-König

> weiterlesen



Mainova fördert Grundschul-Präventions-Projekt "Cool and Safe"

> weiterlesen

Kontakt -





Hanno Benz Leiter Public Affairs Mainova AG



E-Mail h.benz@mainova.de



Telefon 069 213-23628

Mainova Politik Messenger

Herausgeber: Mainova Aktiengesellschaft Solmsstraße 38 60486 Frankfurt am Main

www.mainova.de/politik